Bewaffnung und der Entscheidung über Krieg und Frieden zu proklamieren; die permanente Tagung der Volksvertretung für die Dauer des Krieges mit allem Nachdruck zu fordern, um die wachsame Kontrolle der Regierung durch die Volksvertretung und der Volksvertretung durch das Volk zu sichern; die sofortige Abschaffung aller politischen Entrechtung zu verlangen, da nur ein freies Volk sein Land wirksam verteidigen kann; endlich dem imperialistischen, auf die Erhaltung Oesterreichs und der Türkei, d. h. der Reaktion in Europa und in Deutschland gerichteten Programm des Krieges das alte, wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokraten von 1848, das Programm von Marx, Engels und Lassalle: die Losung der einigen, großen deutschen Republik entgegenzustellen."

So schrieb Rosa Luxemburg im Jahre 1915, zu einer Zeit also, in der die gewaltige Umgestaltung der Waffentechnik und die Entwicklung der Produktionsweise jene günstigen Vorbedingungen für diesen revolutionären Kampf dem Proletariat noch nicht geschaffen hatten. Heute sind diese Voraussetzungen gegeben und der Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft wird damit zur ersten Aufgabe, die das Proletariat für die Landesverteidigung zu vollbringen hat. Und Paul Levi stellt klar: „Der Sozialist will die Landesverteidigung von Anfang an, er will sie aber mit tauglichen Mitteln, er will sie befreien von den Hemmungen eines Militärkörpers, der den Interessen der Bourgeoisie gegen das Proletariat dient, er will sie so führen, wie sie allein geführt werden kann; durch die feste Sicherheit der Massen, daß es um ihre Interessen geht, d. h. er will die Revolution. Aus dem Grunde steht am Anfang eines jeden von der Bourgeoisie, aktiv oder passiv, entfesselten Krieges nicht der Burgfrieden, sondern der Klassenkampf in seiner schärfsten Form."

Leipziger Allerlei

„Wählt revolutionäre Küchenkommissionen"!

Heute abend tritt in der Goldenen Krone zu Connewitz der Bezirksparteitag der KPD zusammen. Ihm ist die Aufgabe gestellt, das Leipziger KPD-Allerlei den Mitgliedern schmackhaft zu machen. Die neueste Parole der Kommunistischen Partei, die unter der Oberleitung Losowskis von Paul Merker, dem einstigen Gelben, verfochten wird, lautet: „Kampfleitungen zur Führung der Unorganisierten". Jede gewerkschaftliche Bewegung muß eigene Kampfleitungen haben. Bisher lautete die führende Parole im Gewerkschaftskampf: „Zwingt die Bonzen". Da sich aber die „Bonzen" nicht „zwingen" ließen, werden eigene kommunistische Kampfleitungen aufgemacht, die als Vertreter der Unorganisierten gelten sollen. In der kommunistischen Zeitschrift Parteiarbeiter wird mitgeteilt, wie sich diese Kampfleitungen im Eisenstreik betätigt haben. Sie schälten Tag für Tag sechs Zentner Kartoffeln, „womit sie mit den übrigen Nebenarbeiten bis nachts um 1 Uhr beschäftigt waren, um am andern Morgen mit dem Kochen zu beginnen".

Die Leipziger KPD hat ihre eigene „revolutionäre Küchenkommission". Der Chef derselben ist E. Jacobs, der leitende Redakteur der SAZ. Ihm wurde vom Zentralkomitee die Aufgabe gestellt, das bunte Leipziger Allerlei so zusammenzurühren, daß von der KPD überhaupt noch was übrigblieb. Herr Jacobs sortierte zunächst emsig aus. Die ganz Rechten, Paul Böttcher, der ängstliche Kommunist Artur Lieberasch, wurden mit Fraktion samt und sonders an die Luft gesetzt. Dann folgte Georg Schumann, der Führer der Versöhnlerleute. Erst dann glaubte Herr Jacobs im Bunde mit Herrn Renner den Brei anrühren zu dürfen. Wie das geschah, darüber berichtet die Arbeiterpolitik in ihrer neuen Nummer. Sie zeigt, wie die für den Bezirksparteitag erforderliche Thälmann-Mehrheit zusammengeschoben worden ist und anders durfte der Parteitag nicht zusammentreten. Daß das Leipziger KPD-Allerlei trotz Dutzender von Ausschlüssen und Maßregelungen immer noch völlig ungenießbar bleibt, bezeugt die Tatsache, daß nach Abhalfterung der Liquidatoren und Versöhnler nunmehr noch immer drei Fraktionen übrig bleiben, unter denen, man höre und staune, Herr Jacobs den opportunistischen rechten Flügel bildet. Denn links von ihm stehen noch die „Chemnitzer Linken" und die „Ultralinken", die dereinst einmal Leipzig als ihre Hochburg betrachtet haben. Der Führer der einstigen Scholem-Opposition war Artur Voigt, der heute als Aufräumungskommissar in Stuttgart tätig ist und der — immerhin einen Schritt auf dem Wege der Konsolidierung — demonstrativ erklärte: „Lieber Sozialdemokraten als Rechte".

Bei alledem dürften der revolutionären Küchenkommission, die heute abend in der Goldenen Krone in Tätigkeit tritt, noch schwere Aufgaben zu erfüllen übrig bleiben, denn trotz aller Schiebermethoden, die in den Stadtteil-Delegiertenkonferenzen angewendet worden sind, konnte nicht verhindert werden, daß ein Teil der Liquidatoren als Vertreter zum Bezirksparteitag gewählt worden ist. Obendrein haben auch die Ultralinken eine entsprechende Vertretung erlangt, so daß Teddy mit der Tätigkeit der revolutionären Küchenkommission im Franz-Mehring-Haus durchaus nicht restlos zufriedengestellt sein dürfte.

Wie die Komödie in der Goldenen Krone enden wird, ist ungewiß. Aber die Vorgänge in der KPD Westsachsens gleichen einer Tragödie. Sie zeigen, wo der Spaltungskurs der Komintern notwendigerweise enden muß. Die vernünftigeren Teile in der westsächsischen KPD, die Lieberasch und Böttcher, die auf dem direkten Wege zur Sozialdemokratie begriffen sind, und so der Einheit der Leipziger Arbeiterbewegung die Tore öffnen, sind an die Luft gesetzt. Georg Schumann, der sich gegen die putschistischen Methoden Stalins, gegen die Bevormundung durch das linke russische ZK gewendet hat, wurde abgesetzt. Auch die Versöhnler befinden sich auf dem einzig möglichen Weg, auf der Rückkehr zur Sozialdemokratie. Jetzt beherrschen die Thälmannianer das Feld. Gegen diese aber treten die Ultralinken in Aktion. Im Stadtteil F befürwortete der Gauleiter von Rot Front eine Resolution der Straßenzelle Fe, „die die Absetzung Teddys und den Rausschmiß aller Rechten" fordert. Demzufolge wird auch Teddy bereits des Opportunismus bezichtigt. Und wird erst der Reichsparteitag mit den Liquidatoren und den Versöhnlern endgültig gebrochen haben, dann kommt Teddy an die Reihe. Von der KPD wird dann allerdings nicht viel mehr übrig bleiben, bis auf einige „revolutionäre Küchenkommissionen", die dann mit den wirklich Ultralinken, den Trotzki und Urbahns, einen neuen Brei bereiten werden, den aber niemand mehr löffeln wird . . .

Hoffnungen auf den 6. März

OE Moskau, 13. Februar.

Die „Prawda" stellt in einem Artikel die Lage der Arbeiterschaft in sehr düsteren Farben dar und vertritt die Meinung, daß die zunehmende Arbeitslosigkeit die KPD vor neue Aufgaben stelle. Der zum 6. März von den Kommunisten angesagte allgemeine deutsche Arbeitslosenkongreß werde ohne Zweifel „einen Plan zur weiteren Entwicklung des Kampfes von Millionen deutscher Proletarier um das Recht auf Brot festsetzen".

Reichsregierung sabotiert Wohnungsbau

Eine merkwürdige Sparmaßnahme

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

Durch die Zentrumspresse ging dieser Tage eine Notiz, worin die durch einen Gesetzentwurf zum Haushaltplan geforderte Ermächtigung des Reichsfinanzministers, zur Leistung des Reichsbeitrags für die Invalidenversicherung in Höhe von 163,96 Millionen Mark Schuldverschreibungen zu verwenden, scharf Kritik geübt wird. „Der Reichsfinanzminister behält", so heißt es, „rund 164 Millionen Mark, die er als Reichsbeitrag an die Invalidenversicherungsanstalten in barem Geld abführen müßte, zurück und gibt den Versicherungsanstalten dafür Schuldverschreibungen des Reiches. Das geschieht in einer Zeit, in der das Reichsarbeitsministerium und das Reichsversicherungsamt von den Versicherungsanstalten verlangen, daß sie in Rücksicht auf die zu erwartende starke Rentenlast Reserven für die Durchführung der Heilverfahren für die nächsten Jahre zurücklegen sollen. Des weiteren sollen die Versicherungsanstalten nicht nur für den Wohnungsbau, für die Erstellung von Krankenanstalten, für karitative Zwecke aller Art, sondern auch noch für Meliorationszwecke und die Förderung der ländlichen Siedlungen Reserven zurücklegen. Auf der einen Seite also Vorenthaltung der baren Reichsbeiträge, und auf der anderen Seite Erweiterung der Leistungen!"

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit. Richtig ist, daß das Reich statt bares Geld nur eine Art Wechsel geben will. Nachteilige Folgen für die Durchführung der Heilverfahren und für die eigentlichen Aufgaben der Versicherungsträger ergeben sich, wie wir von unterrichteter Seite hören, daraus nicht, wohl aber wird der Wohnungsbau davon betroffen; denn die Versicherungsträger haben bisher stets große Beträge als erste Hypotheken dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und auf diese Weise zur Verbilligung der Mieten beigetragen. Das wird, wenn die vorgesehene Zwangsanleihe bei der Sozialversicherung verwirklicht wird, zunächst nicht mehr möglich sein. Ein gewiß unerfreulicher Zustand, vor allem, wenn man bedenkt, daß die Bauarbeiter schon jetzt energisch baldige Finanzierung des Wohnungsbaues fordern, damit sich dieses Jahr nicht wieder das alte Spiel wiederholt, daß die besten Baumonate ohne wesentliche Bautätigkeit verstreichen, weil es an Baumitteln fehlt. Auf der anderen Seite muß aber auch berücksichtigt werden, daß der Reichsfinanzminister sich in einer Zwangslage befindet, nachdem die früheren Regierungen, wie die soeben durch die Presse gehenden Zahlen über die Milliardensubventionen des Reichs zugunsten der Privatindustrie zeigen, etwas zu freigebige Bankiers gewesen waren. Kritik an dem Versuch des Reichsfinanzministers, die Versicherungsträger mit Wechseln abzuspeisen, ist nicht schwer. Jedenfalls ist die überscharfe Kritik des Zentrums, das jetzt in Oppositionsstellung sein Mütchen kühlen will, wenig am Platze; denn die hier in Frage kommenden Zentrumsleute im Reichsarbeitsministerium machen ja schließlich den Versuch mit, durch Hilfe einer Zwangsanleihe bei den Versicherungsträgern einen Teil des Defizits im Etat zu decken. Sie tun das sicherlich nur deswegen, weil ihnen auch keine bessere Lösung eingefallen ist.

*

Wenn nicht der Sozialdemokratische Pressedienst ausdrücklich bestätigen würde, daß es mit dem von der Zentrumspresse kritisierten Gesetzentwurf seine Richtigkeit hat, würde man es kaum für möglich halten, daß ein sozialdemokratischer Finanzminister auf den Gedanken kommen kann, solche „Auswege" zur Balancierung des Etats zu beschreiten. Der Sozialdemokratische Pressedienst hat soweit recht, als er die geplante Ermächtigung für den Reichsfinanzminister, den Reichsbeitrag der Invalidenversicherung anstatt in barem Gelde in Schuldverschreibung zu leisten, eine Zwangsanleihe nennt. Aber die Begründung, mit der er den Entwurf des Genossen Hilferding zu rechtfertigen versucht, ist keine Widerlegung, sondern eher eine Bekräftigung der Kritik, die die Zentrumspresse an dem Entwurf übt. Zuzugeben ist, daß es dem Zentrum bei seiner Kritik der Maßnahmen sozialdemokratischer Minister nicht um die Sache zu tun ist, sondern nur darum, für die Ausschaltung an der Koalitionsregierung Rache zu nehmen und zu zeigen, daß man ebenso Feind wie Freund sein kann. Zuzugeben ist, daß die Zentrumskritik übertreibt, wenn sie behauptet, daß durch den der Invalidenversicherung aufgezwungenen Kredit die Durchführung von Heilverfahren gefährdet sei. Aber auch ohne dies ist es schlimm genug, daß in dieser Zeit höchster Wohnungsnot und größter Arbeitslosigkeit dem Wohnungsbau Mittel entzogen werden sollen. Wenn der Sozialdemokratische Pressedienst darauf hinweist, der Reichsfinanzminister befände sich in einer Zwangslage, weil durch allzu reichliche Subventionen an die Unternehmer das Loch in der Reichskasse so groß geworden sei, daß jetzt kein anderes Mittel übrigbleibt, als die Wohnungsuchenden und die Arbeitsuchenden dafür zahlen zu lassen, so ist das eine Rechtfertigung, die eines sozialdemokratischen Finanzministers nicht würdig ist. Wenn der Reichsetat nicht ausgeglichen werden kann, weil die Reichskasse durch allzu große Geschenke an das Kapital notleidend geworden ist, so liegt es doch nahe, das Kapital durch Erhöhung der Kapitalsteuern selbst dafür zahlen zu lassen. Den Unternehmern würde dann nur abgenommen werden, was ihnen vorher geschenkt worden war, sie könnten sich also nicht über „Substanzverluste" beklagen. Dieser Ausweg ist dem Genossen Hilferding allerdings verbaut, weil die demokratischen und volksparteilichen Koalitionsbrüder ihn nicht beschreiten wollen. Der ganze Plan läuft also darauf hinaus, daß das Schicksal notleidender Proletarier der Erhaltung der großen Koalition geopfert werden soll. Es ist dringend zu fordern, daß die sozialdemokratische Fraktion dem Entwurf ihre Zustimmung versagt.

Koalitionsverhandlungen und Konkordat

TU Berlin, 15. Februar.

Zu den Koalitionsverhandlungen in Preußen schreibt die Nationalliberale Korrespondenz: In der letzten Zeit sei in der Presse die Frage aufgeworfen worden, ob der jetzige Zeitpunkt zur Erweiterung der Weimarer Koalition in Preußen wirklich günstig liege, wo das Konkordat noch nicht abgeschlossen sei. Vor allem sei die Deutsche Volkspartei gewarnt worden, das Kultusministerium zu übernehmen. Insbesondere sei zu prüfen, ob nicht bereits frühere Kultusminister — auch der Deutschen Volkspartei — gegenüber der Kurie bereits weitere Zugeständnisse gemacht hätten, als der jetzige Kultusminister Dr. Becker. Diesen Ausführungen gegenüber sei zu betonen, daß Verhandlungen Preußens mit der Kurie mit dem Ziel des Abschlusses eines Konkordats erst seit dem Jahre 1926, also von dem Ministerium Becker geführt wurden. Vorher habe das Reich wiederholt den Versuch gemacht, mit der Kurie zum Abschluß eines Reichskonkordats zu kommen, und zwar im Jahre 1922 und später im Jahre 1924. Beide Versuche seien gescheitert. Daß in der Zeit, als das Reich auf Grund bestimmter Konkordatsentwürfe mit der Kurie verhandelte, eine Fühlungnahme der Länder mit dem Reich über die das Reichskonkordat berührenden Fragen stattgefunden habe, sei sicher anzunehmen. Die Nationalliberale Korrespondenz glaubt auch zu wissen, daß sich Preußen — auch in der Zeit des Ministeriums Boelitz — nie dem Ersuchen des Reiches entzogen habe, mit diesem über die in einem abzuschließenden Reichskonkordat zu regelnden Fragen, soweit sie sein Ressort betrafen, in Verhandlungen einzutreten.

In einer Wochenschrift Deutsche Republik veröffentlicht Dr. Joseph Wirth einen längeren Artikel über die Krisis der Koalitionsregierung im Reich. Seiner Meinung nach ist der Bruch zurückzuführen auf den Mangel an gegenseitigem Vertrauen zwischen den beteiligten Parteien. Was dem Zentrum immer wieder Anlaß zur Verbitterung und zu unpolitischem Ingrimm gebe, sei die Schulfrage. Im Zentrum fühlten sich viele auch heute noch im Schulgesetz von den Liberalen düpiert. Tatsache sei, daß das Zentrum in der preußischen Konkordatsfrage durch die damaligen Vorgänge gewarnt werde.

Adenauer beglückwünscht Mussolini

Seitensprünge eines Oberbürgermeisters

SPD Köln, 14. Februar.

Anläßlich der Lösung der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan hat der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer an Mussolini ein Telegramm gerichtet, in dem er den italienischen Diktator versichert, daß sein Name mit goldenen Buchstaben in der Geschichte der Kirche eingetragen werde. Diese merkwürdige Huldigung veranlaßte die Kölner Kommunisten in der Stadtverordnetensitzung, den Oberbürgermeister zu interpellieren, wie er dazu komme, als Oberbürgermeister ein solches Telegramm loszulassen. Adenauers Antwort war eine lendenlahme Erklärung. Nach der Presse sei es zwischen der Stadt Köln und dem Ausland zu angenehmen Verbindungen gekommen, u. a. mit der Sowjetunion, aber auch mit Italien. Die Kölnisch-italienischen Verbindungen hätten dazu geführt, daß in Rom und in Köln deutsch-italienische Institute eingerichtet würden. Das verpflichte zum Austausch von Höflichkeiten. Im übrigen habe er nicht als Vertreter der Stadt Köln, sondern als Katholik telegraphiert.

Als ob sich Mussolini aus dem Katholiken Adenauer etwas mache. Wozu die Presse doch alles herhalten muß.

Der Titelunfug

SPD Die bayrische Regierung hat sich nicht mehr darauf beschränkt, den Titelunfug in Bayern auszubreiten, sie hat vielmehr mit ihren gegen die Reichsverfassung verstoßenden Titelverleihungen Vorstöße ins außerbayrische Deutschland unternommen. Aus Zeitungsmeldungen erfährt man, daß sie erst in diesen Tagen den in Mannheim wohnenden Großhändler Ernst Bodenheimer den Titel eines bayrischen Kommerzienrates verliehen hat. Das heißt doch die Dreistigkeit des Verstoßes gegen die Reichsverfassung auf die Spitze treiben.

Es wird Zeit, daß der Staatsgerichtshof sein Urteil fällt.

Eulenspiegelball

KPD-Bourgeoisie und Arbeitslose

Am 3. Februar fand in der Berliner Philharmonie eine große Maskerade statt, die unter der Firma „Eulenspiegel-Ball" in Szene ging. Die Veranstalter dieser Eulenspiegelei haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ein volles Haus zu erhalten. Zu diesem Zwecke wurde folgende Reklameleistung in die Welt gesetzt:

„Hinein in Eulenspiegels Reich! „Die Säle der Philharmonie erkennst Du in ihrem Künstlerfest-Kleid nicht wieder! Lichtfluten! Dunkelheiten! Farbenklänge! Riesensäle! Stille Winkel! Geigenschluchzen! Jazzgedröhn! Walzerschweben! Step-Gestampfe! Karussell! Rummel! Tombola! Von Saal zu Saal das bunte Getümmel der farbenfrohen Kostüme. Es verschmilzt mit den rauschenden Farben an Decken, Wänden, Logen, Balustraden!"

„Der zweite Saal. Ein Zelt der bunten Farben. Die Jazzband spielt! Du wirbelst dahin beim Toben des Banjos, beim Gedudel des Saxophons! Oder — wenn die Jazzband die Instrumente tauscht und die Geigen singen — **dann vergißt Du die irdischen Alltagsfesseln** und fühlst Dich im siebenten Eulenspiegel-Himmel! Doch weiter geht die wilde Jagd. Ueber Treppen und Terrassen rauscht die bunte Schar, hinein in den Roten Saal der Philharmonie."

„Bestimmt werden sie (die ohne Kostüm kommen), die ganze lange Nacht hindurch bis zum frühen Morgen **nicht die Spur von Glück bei unseren, ach, so verführerischen Eulenspiegelinnen haben! Darum bleiben Sie also unkostümiert am besten gleich zu Hause, da es ja doch keinen Zweck hat.** Wer nun aber durchaus schwarz erscheinen muß, sei es, daß er ein Mönchsgelübde oder den Offenbarungseid abgelegt hat, wird nicht eher in den Festsaal hineingelassen, **bis er am Saaleingang eine Narrenkappe zu einem Taler erworben hat.** — Für Ratlose haben wir eine Kostümberatungsstelle im Festbureau (16 bis 18 Uhr) eingerichtet."

An sich entspricht diese Reißermanier durchaus den Methoden, wie sie in der Generalanzeiger-Presse dutzendfach zu finden ist. Der Eulenspiegel-Ball aber wurde von der satirischen Zeitschrift Eulenspiegel inszeniert, und der Macher der ganzen Sache war der ewig betriebsame kommunistische Reichstagsabgeordnete Willi Münzenberg. Er hat, wie aus der Reißerreklame zu ersehen ist, für „16 bis 18 Uhr" eine besondere Beratungsstelle eingeführt, in der allerdings nicht die Arbeitslosen beraten werden, wie sie ihre Lage verbessern würden. Denn das macht Willi Münzenberg im Bunde mit der gesamten KPD-Bourgeoisie in den Versammlungen der Erwerbslosen, die dann zu unüberlegten Aktionen auf die Straße, auf die Parlamentstribünen usw. geleithammelt werden. Währenddes amüsiert sich die KPD-Bourgeoisie beim „Step-Gestampfe", beim „Gedudel des Saxophons", im „Roten Saal" der Philharmonie. Daß die „Eulenspiegelinnen" ihre ganzen Verführungskünste haben spielen lassen, wird schwerlich zu bestreiten sein. Und die Mehrheit der KPD-Bourgeoisie wird zweifellos nicht im Proletenkostüm erschienen sein. Andernfalls wäre sie nach der „sinnreichen" Reklame gezwungen gewesen, sich am Saaleingang „eine Narrenkappe" zum Preise von einem Reichstaler zu erwerben. Demzufolge waren bereits 13 Mark Eintrittspreis gefällig, bevor die KPD-Bourgeois die Philharmonie betreten durften, und dann werden sie dort wuchtige Anklagereden gehalten haben, gegen die Bourgeoisie, ihre Helfershelfer, die Sozialdemokraten, ganz nach den Rededispositionen, wie sie von den Teddy-Leuten für Erwerbslosenversammlung versendet werden.

Ob man die Berliner Arbeitslosen zu dieser Veranstaltung eingeladen hat, ist aus der Arbeiterpolitik, der wir diese Eulenspiegelei entnehmen, nicht zu ersehen. Wir bedauern diese Unterlassungssünde, denn jeder Arbeitslose hätte dort Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß die ganze KPD nichts anderes ist, als eine Eulenspiegelei, ein Narrenspiel auf Kosten der breiten arbeitenden Schichten der Bevölkerung.

SPD Der Reichspräsident hat die Ernennung des Ministerialdirektors Dr. Bumke zum Reichsgerichtspräsidenten vollzogen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290216/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG